

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abbestellung für den Monat (bei Haus 2 RM, halbm. 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM, 3 RM (eigene Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: / Geschäftsstelle: Dresden-2, / Postfach Dresden Nr. 13533, / Geschäftsstelle: Dresden-2, / Güterbahnhofstr. 2, / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Expeditionsstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreizehntägigen Textteil 1,25 RM. / Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Donnerstag, den 23. September 1926 Nummer 211

Der verbotene Stresemann

Zurückgepiffener Imperialismus

Am 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Stresemann hat bei der deutschen Kolonialpolitik in Genf über Ziele der deutschen Weltanschauung u. a. folgendes ausgeführt: „Wir haben beschlossen, daß wir Kolonien zu verwalten verstehen. Daher fordern wir erneut Kolonien für uns. Wir haben in Genf dafür gekämpft, daß die Befreiung des Rheingebietes gänzlich aufgehoben wird. Wir erhoffen die Befreiung des Saargebietes, das so weit als möglich zu seinem Vaterlande zurückkehren will, aber auch die Befreiung anderer Gebiete in Europa.“ Die Verurteilung des Textes der imperialistischen Rede Stresemanns wurde wegen ihrer Offenheit und des französisch-italienischen Propagandas von der Reichsregierung verboten und an ihrer Stelle ein unzulässiger offizieller Inhaltsauszug verbreitet, in dem die angeführten Sätze fast vollständig gestrichen sind.

Stresemanns Missionen haben also einen bedeutenden Stoß gegeben. Die deutschen Imperialisten glaubten schon einen Erfolg der Taktik zu haben. Stolz verklärten sie, als gleichzeitiger im Völkerverband aufgenommen zu sein. Die Entgegnung der auswärtigen Presse hat Stresemann sehr deutlich zu machen gegeben, daß die deutschen Imperialisten nur aufwarten sind, um die Skapan für die Ausbeutung und Kapitalverwertung gegen Sowjetrußland zu stellen. An Entschädigung wird es dafür das erhalten, was den anderen genehm ist. Einmal soll werden die Imperialisten den deutschen Imperialisten stellen, sich auch nur einzubilden, sie seien gleichberechtigt. Die deutschen Kapitalisten haben die Rolle der Fremden nicht zu verstehen. Ob sie dafür nun noch die Geschminkt mit der Ausbeutung einiger Kolonien erhalten, ändert an den Dingen nichts.

Stresemann bemühte sich dann auch schnell, den unangenehmen Eindruck seiner Rede zu vermissen. Vor den Journalisten der ausländischen Presse, die schnell zusammenberufen wurde, bemühte er Entschuldigungen. Er erklärte dort:

„Ich könnte mich mit diesen Worten von Ihnen verabschieden, wenn ich nicht Gelegenheit nehmen möchte, zu einigen wichtigen Dingen zu sagen, die hier gerade in Ihren Händen in die Welt gesetzt werden können. Ich habe mich bemüht, die ich zuerst vorwärts gekommen sind mit Bezug auf meine Missionen, die ich zuerst vorwärts gekommen sind mit Bezug auf meine Missionen. Ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich Ihnen ein wenig Sensationen in Genf geben, wenn man die Rede bereits eine Sensation machen könnte. Ich habe in einer Antwort auf die Begrüßungsrede des Vorstandes der deutschen Kolonialisten darauf hingewiesen, daß wir in Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen wären, und zwar habe ich darauf hingewiesen, daß in den Beziehungen zwischen Deutschland und Deutschland heute nicht mehr verhandelt würde über eine Ziffer von Besatzungstruppen oder die Verminderung der Besatzung um irgendeine Ziffer, sondern um die ganze Frage der Rheinlanddrängung.“

Die ganze Frage der Rheinlanddrängung ist die Frage der Rückkehr des Saargebietes ins Deutsche Reich. Ich habe damit keine Indiskretion begangen, da das Saargebiet mit vorliegen über den getragenen französischen Mißtrauen, in dem ganz offen von diesen Fragen gesprochen wurde, und ich habe im Zusammenhang mit der Regelung der Saarfrage von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in der Charta auf die voraussetzungslos stattfindende Abstimmung im Saargebiet über seine Rückkehr nach Deutschland.

Meine Herren! Was ist bereits gemacht worden? Ein Nationaler italienischer Blatt heißt heute mit, daß ich von der Annexion Österreichs und sogar von der Annexion Südtirols gesprochen habe und daß dies wohl der Gegenstand meiner Besprechung mit Briand gewesen sein müsse, denn ich hätte sonst nicht so geredet, wie dies geschehen sein soll.

Ich stelle fest: Ich bin mir schon und psychologisch von größter Bedeutung in der Politik. Aber wenn Sie glauben, daß dort Europa verfehlt worden ist, da übersehen Sie weitens den Raum, in dem diese Diskussionen stattgefunden haben, unterschätzen Sie auch mich, indem Sie mir eine solche Dummheit zumuten, daß ich eine Rede gehalten haben soll, wie sie mir zugeschrieben wird. Wenn ich über das Selbstbestimmungsrecht gesprochen habe, geschah es im Zusammenhang, wie z. B. in der Kautsky-Frage, wo es sich darum handelte, Verletzungen zu verhindern, falls sie begangen sein könnten. Wer darüber hinausgeht, tut es aus Sentimentalität oder, was ich nicht hoffe, aus bösem Willen.“

Die ausländischen Reichshaber werden Herrn Stresemann nicht glauben, daß er nicht über die Kolonien gesprochen habe. Aber das ist das unelendliche, die deutschen Imperialisten wissen nun, daß ihre Träume nicht zu schnell reifen werden.

Dieser „letzte“ Genfer Zwischenfall zeigt wieder einmal scharf die Gegensätze im imperialistischen Lager, zeigt, daß es sich nicht um friedliche Ausgleich, sondern um neue kriegerische Vorberätungen handelt.

Auch die von Stresemann als „Kern der europäischen Verständigung“ gepriesene „Annäherung an Frankreich“ hat im Grunde die Bedeutung eines Kriegsbündnisses. Gerade diese deutsch-französischen Verhandlungen müßten Italien zu einer entscheidenden Sprache gegen die Ausrichtungen Stresemanns veranlassen.

So schreibt der „Daily Herald“, das Organ der englischen Sozialdemokraten zu diesem Bündnis:

Die erste Ursache ist die wachsende Spannung zwischen Frankreich und Italien. Wegen die Möglichkeiten eines Krieges mit Italien braucht Frankreich Verbündete. Da ist England, es ist aber zweifelhaft, wie weit England gegen Italien gehen würde. Frankreich will aber auch nicht von England abhängig sein.

Ein Bündnis Frankreichs mit Deutschland würde ihm einen Verbündeten gegen Italien schaffen und durch die Verletzung des Versailler Vertrags von dem Gefühl der Abhängigkeit von England befreien. Das würde Frankreich geistlich, außerhalb Europas seine eigene Politik zu verfolgen, ohne immerfort den launen Willkür des größten imperialistischen Reiches folgen zu müssen. Außerdem sind Frankreich sowohl wie Deutschland in einer Revolte gegen die französische Vorherrschaft in Ost- und Westeuropa verbunden. Die Folgen der neuen Politik im Mittelmeer, in Ost- und Südosteuropa und im Überfluß in der britischen Politik, sind ernst genug und keineswegs unbedingt feldisch!

Auch bei diesem Bündnis befindet sich Deutschland in der Rolle des Skannenvogels, der eventuell Schlichter zu beschaffen hat.

Die Vorgänge in Genf müssen den Arbeitern zeigen, daß es sich dort um nichts anderes handelt, als um ein Intrigenpiel der Imperialisten gegeneinander und gegen die Arbeiter der Welt.

Weitere Zusammenstöße in Breslau

Die Polizei setzte in Breslau ihre Verfolgungen fort. Am 22. September ging sie am Arbeitsschwerpunkt Steinstraße gegen die Gewerkschaften mit dem Communisten vor. Eine Anzahl Arbeiter wurden verhaftet. Die Gewerkschaften setzten ihre Kampfkampagne fort. Wo man hinaus will, zeigt die von der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Presse entfaltete Kampagne die Kommunisten. Selbstverständlich sind die Kommunisten Schuld an den Vorgängen. Die härteste Heide soll die SPD, voran der „Vorwärts“, dann aber auch die „Arbeiterstimme“, das Leipziger Organ, schreiben. Der mit der ganzen Gesellschaft schuldig; das Blut kommt auf die Haupt und die Blutschuld muß sich rächen.“ Dann geht die Kampagne weiter.

Damit ist keinerlei Verteidigung für die ausgesprochen, die in der ununterstützten Weise, um ihr Parteipropaganda zu tun, immer wieder Professorien zu Schritten vorziehen, deren Gefährlichkeit und Zwecklosigkeit gleichzeitig immer nicht verborgen sein kann, aber andererseits auch keinerlei Entschuldigung für den schicksalhaften Ungeist, der nach wie vor in der deutschen Republik herrscht.“

Koch die „Leipziger Volkszeitung“ erklärt, daß die demagogischen Erwerbslosen Anhänger der Kommunisten waren. Dann haben auch die Erwerbslosen die Schuld, diese ungewissen schändlichen Rechte haben die mehrmals, immer bewaffnete Polizei wieder einmal angegriffen, nach den Mitteilungen der SPD-Blätter.

Die SPD zeigt, wadin sie berichtet. Beim ersten Angriff der Ausbeuter, der nur weitere Angriffe für die kommenden Monate vorbereitet, stehen die sozialdemokratischen Führer gegen die Erwerbslosen, gegen die Arbeiter für die Republik der Kapitalisten. Damit hat die gesamte SPD-Führerschaft Weltform bezogen für die kommenden Auseinandersetzungen.

Breslau, 23. September. (Eigener Drahtbericht.)

Über die heutigen Vorgänge gibt die Polizei falsche Berichte heraus. Während sie zuerst behauptete, es sei ein Saupöbel von einem Erwerbslosen erstanden worden, wurde später behauptet, daß der Reiz der Demonstration sei auf die Lage verfallen worden. Falsch ist unklar. In einer der gewaltigen Protestveranstaltungen über die Vorgänge mit der von Ausbeutern Einzelheiten über die Vorgänge mit der von Koch, sondern außerhalb der Bannmelde geübt wurde. Auch haben die Arbeitsschwerpunkte nicht vorläufig, die Bannmelde zu durchbrechen. Sämtliche Schieberellen haben außerhalb der Bannmelde stattgefunden. Das SPD-Organ, die „Arbeiterstimme“, verweigert die Schuld der Schuld den Erwerbslosen auszuweisen. Geküht haben erneut Zusammenstöße in Breslau stattgefunden, wobei die Polizei mit Communisten gegen die Erwerbslosen vorging.

Kongreß der Werktätigen und Fürflenteignung

Von W. Schönbach
Sekretär des Reichsausschusses für Fürflenteignung.

Der Volkswille über die entschuldigungslose Enteignung der früheren Fürflenteignung ist ein Musterbeispiel des Wirkens bürgerlicher Demokratie und bürgerlichen Parlamentarismus, dessen Lehren das werktätige Volk immer noch nicht genügend klar erkannt hat. Fürwahr — Demokratie und Parlamentarismus in der bürgerlich-kapitalistischen Republik haben sich glänzend bewährt — für die herrschende Klasse, für die Bourgeoisie. Man bedenke: trotz aller Manöver der Böbel-Hindenburg, trotz unerhörter Stellungnahme für den defizienten Monarchenklüngel seitens der Marx-Regierung, trotz der Fügenflut der Hugenbergpresse, trotz der aus den Reihen der Industrieverbände mit Millionen gepöbelten demagogischen Propaganda der Berg und aller übrigen Fürflenteignung, trotz inkonstanten politischen und wirtschaftlichen Terrors, trotz tausendfältigen Bruch aller Verfassungs- und Abstimmungsbeschränkungen durch die im Staatsapparat noch immer vorherrschende monarchistische Klasse, und obwohl auch die Kirche des Reichstagspräsidenten an Gemütszwang und Drohungen leistete — 15 Millionen deutscher Wähler und Wählerinnen stimmten für die Enteignung — trotzdem! Nur knapp 500 000 jener, die nicht alle waren, können von den Monarchisten und ihren verkäpften Freunden im republikanischen Lager gegen das beantragte Gesetz an die Urne gebracht werden. Nach der Logik der bürgerlichen Demokratie bestimmen aber nicht die 15 Millionen, sondern die 500 000, der dreifache Teil der Wähler. Bedarf es noch eines Beweises dafür, daß die bürgerliche Demokratie nur ein Mittel der herrschenden Klasse ist, den Massen des deutschen Volkes Demokratie, Volksherrschaft vorzugaukeln, im gleichen Moment aber, wo die einfachsten Regeln ihrer Demokratie sich gegen die herrschende Bourgeoisie und ihrer Klasseninteressen richten, die Massen des werktätigen Volkes niederträchtig mit schändlichen Spitzfindigkeiten, verneinenden Paragrafen mittelalterlicher Gesetzbestimmungen betrogen werden?

Und der Parlamentarismus? Das „Dem deutschen Volke“ geweihte Parlament, Reichstag genannt?

In sieben Jahren der demokratischen Republik hat diese Gesetzgebungsmaschine im Dienste der Klasseninteressen der Bourgeoisie verhindert, daß auch nur so eine „Auseinanderklärung“ mit den geklohen fürflenteignungsvorgängen vorgenommen werden konnte, die den Fürflenteignung ihre geraden Güter abgenommen hätte. Die Regierung seit 1918, mit oder ohne Sozialdemokraten, wie die Reichstags seit dieser Zeit, waren die zuverlässigsten Sachverwalter fürflenteignung und monarchistischer Interessen. Tatenlos sahen die zu, wie in den Projekten der einzelnen Länder mit den früheren „Landesverwaltern“ von monarchistischen Richtern selbst das geschriebene bürgerliche Recht mißbraucht und vergemäht wurde. Millionen über Millionen wurden in diesen Projekten verpulvert, die aus den Taschen und Steuern des werktätigen Volkes stammten. Das Ende war immer das gleiche: fauler und königstreu Hüter des „Rechts“, aus dem Sidel der Republik besteht, erfüllten die unverschämtesten Ansprüche der fürflenteignung. Milliarden an Gut und Geld wurden den Landes- und Hochverrätern zugesprochen und diese in den Stand gesetzt, mit Hilfe dieser ergaunerten Riesensummen die Durchführung ihrer staatsrechtlichern Wänsche zum Sturz der Republik und zur Restauration der Monarchie zu organisieren.

Es ist die anwachsende Empörung der werktätigen Massen und die unter Führung der kommunistischen Partei einsetzende Bewegung für den Volkswille zwingen Regierung und Reichstag, sich mit dem Raubzuge der Fürflenteignung zu beschäftigen. Wie das geschah, weiß jedermann. 50, 60 Sitzungen des Reichstages und seiner Ausschüsse, wie alle Verhandlungen dienen nur dem einen Zweck, den Kampf der in Bewegung gekommenen Massen durch leere Versprechungen, Gerübe über Rheinbaxe Konzeptionen und faule Kompromißgehe einzuschließen, zu lähmen und zu brechen. Trotzdem: die Bewegung wuchs, sie wurde zu einer der größten Massenbewegungen seit 1918, tief die Klassenengelnisse aufsteigend. Auf der einen Seite sammelten sich alle reaktionären Kräfte, die Feinde, die Hüter des Privateigentums, bereit, mit allen Mitteln ihre Privilegien, ihre „Rechte“ als Herrenklasse, ihre Klasseninteressen zu verteidigen. Auf der anderen Seite schlossen sich zusammen die Millionen der Entrechteten, Ausgebeuteten, Entzweiteten, die Beschlohen, ihrerseits noch nicht im vollen Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit, das allein ihnen die Kraft geben kann, ihre ungeheure, unüberwindliche Kraft ebenfalls mit allen Mitteln für ihre Interessen anzuwenden.

Nur diese mangelnde Erkenntnis ermöglichte es der herrschenden Klasse und ihren Beauftragten in der Regierung und im Reichstag, noch einmal den eindeutigen Volkswillen zu beugen, mit einem Tausendplott, durch Zurückziehung ihrer

D
Ferdini
Kaden
Kakao
Schäfer
Lindner
Berger
Weibel
Dyba
inkosthaus
Woll
Glaser
Döhlen
Gutsche